Unternehmen lehnen Mindestvergütung für Auszubildende ab

31.01.18

Unternehmen lehnen Mindestvergütung für Auszubildende ab

UVB warnt vor Überforderung gerade kleiner Betriebe in Brandenburg. Amsinck sieht Ziel von 10.000 Ausbildungsverträgen in Gefahr.

Die Unternehmen in Brandenburg wenden sich gegen das Vorhaben von SPD und Linken im Landtag, eine Mindestvergütung für Auszubildende einzuführen. Gestärkt werde die duale Ausbildung auf diesem Wege ganz sicher nicht, warnte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Mittwoch. „Weder ein Parlament noch ein Ministerium sollten darüber entscheiden, wieviel Geld Auszubildende bekommen. Das ist Sache der Betriebe und der Tarifparteien. Es besteht die Gefahr, dass eine politische Untergrenze eine ganze Reihe von Ausbildungstarifverträgen aushebelt.“

Gerade kleine Betriebe könnten sich dann aus der Ausbildung zurückziehen, weil für sie die Kosten schlicht nicht mehr tragbar wären. Zudem gehe der Spielraum zur Differenzierung zwischen einzelnen Branchen verloren, wenn eine einheitliche Untergrenze für alle Ausbildungsberufe eingezogen würde. „Am Ende gäbe es dann weniger Ausbildungsverträge statt mehr – und Brandenburg hätte mit Zitronen gehandelt. Das kann es nicht sein“, befand Amsinck. Das Ziel von 10.000 Ausbildungsverträgen pro Jahr im Land, das Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften sich

gemeinsam vorgenommen haben, sei auf diese Weise jedenfalls kaum zu erreichen.

SPD und Linken sei offenbar der Charakter der Ausbildungsvergütung nicht klar, erklärten die Unternehmensverbände weiter. „Es geht dabei nicht um Lohn oder Gehalt. Die Ausbildungsvergütung ist in erster Linie als Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten der jungen Leute gedacht. Für den Lebensunterhalt der Auszubildenden sind immer noch deren Eltern verantwortlich“, führte Amsinck weiter aus. Diese bezögen deshalb während der Ausbildung auch Kindergeld. Zudem gebe es die Berufsausbildungsbeihilfe, mit der der Staat Auszubildende unterstützt, deren Eltern nicht über die nötigen Mittel verfügten. „Es ist richtig, den Zugang zu dieser Beihilfe zu vereinfachen. Zugleich sollte das Land seine Zuschüsse für Auszubildende mit hohen Fahrtkosten aufstocken – das würde die jungen Menschen mobiler machen.“

Die Unternehmensverbände regten an, den Dialog mit der Politik über die Zukunft der Ausbildung fortzusetzen und warnten vor Vorfestlegungen. „Wir würden uns wünschen, dass Landesregierung und Landtagsfraktionen in einer so wichtigen Frage wie einer Mindestausbildungsvergütung auf die Stimme der Wirtschaft hören – je früher, desto besser. So ist es ja etwa im Bündnis für gute Arbeit auch verabredet und bislang guter Brauch. Wir helfen mit unserem Know-how gerne weiter“, sagte der UVB-Hauptgeschäftsführer.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartner zum Thema

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] vme-net.de

Download VCF

Berufs-, Schul- und Ausbildungspolitik

Thoralf

Marks

Telefon:
+49 30 31005-209

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Marks [at] vme-net.de

Download VCF